



An die Vorsitzende des
Wirtschaftsausschusses
Frau Susana dos Santos Herrmann

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnspd.de

web www.koelnspd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 27.04.2017

AN/0667/2017

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Wirtschaftsausschuss	27.04.2017

Wirtschaftsstandort stärken – Europäische Arzneimittelagentur nach Köln holen!

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
Sehr geehrter Frau Oberbürgermeisterin,

die SPD-Fraktion bittet Sie, folgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 27.04.2017 zu setzen:

Beschluss:

Der Wirtschaftsausschuss bittet die Oberbürgermeisterin, sich bei der Bundesregierung für die Ansiedlung der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) in Köln einzusetzen.

Begründung:

In Folge der Entscheidung für den Brexit verliert Großbritannien den Sitz verschiedener EU-Einrichtungen, darunter auch die Europäische Arzneimittelagentur mit knapp 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und aktuellem Sitz in London. National wie international finden derzeit Interessensbekundungen statt, um der EMA eine neue Heimat zu geben. Für Deutschland haben sich bislang unter anderem die Städte München, Berlin, Bonn und Hannover als neuer Standort für die EU-Einrichtung beworben. Auf der Ebene der Bundesregierung wird derzeit die Standortbewerbung für Deutschland diskutiert. Eine Standortauswahl für eine Bewerbung hat aber noch nicht stattgefunden.

Köln verfügt bereits über ein breites Spektrum namenhafter Pharma- und Chemieunternehmen und bietet damit ein geeignetes Umfeld und Renommee für die Ansiedlung der Europäi-

schen Arzneimittelagentur. Der Ausschuss beauftragt vor diesem Hintergrund die Oberbürgermeisterin kurzfristig das Interesse Kölns gegenüber der Bundesregierung zur Ansiedlung der Agentur zu artikulieren und sich für eine Ansiedlung einzusetzen.

Begründung der Dringlichkeit:

Da der Bundesregierung bereits zahlreiche kommunale Bewerbungen vorliegen und die Gespräche zur Entscheidungsfindung begonnen haben, duldet die Angelegenheit keinen Aufschub bis zur nächsten Sitzung des Wirtschaftsausschusses.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin